

„Söder tötet Heimat“

Biwo protestiert gegen die mögliche Südumgehung

VON STEPHANIE TRESKE

„Wir bauen nur dort Straßen, wo sie vom Volk gewünscht werden. Auch in München sitzen keine Straßenbaufetischisten.“ Das schrieb Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in einem Grußwort an die Bürgerinitiative pro Wiesenttal ohne Ostspange (Biwo), die gestern erneut gegen die Ostspange der Südumgehung protestierte.

PINZBERG – Der Streit über die Südumgehung Forchheims geht in die nächste Runde. Ein weiteres Mal hat die Biwo zu einer Demonstration am Bahnhalteplatz Pinzberg aufgerufen. Dort würde der Ausbau der B 470 entlanglaufen. Eine riesige Baukonstruktion aus Traktoren, Stangen und Absperrband sollte die geplante Straße in ihrer vollen Gewalt präsentieren. Sieben Meter über dem Ackerboden hängt das Band.

Auf dieser Höhe läge das neue Asphaltbett, wie vom staatlichen Bauamt Bamberg bestätigt wurde; abfallend Richtung Sigritzau und der Autobahnabfahrt Forchheim Süd, auf entgegengesetzter Seite in eine Brücke über die Bahngleise mündend. „Die neue Straße steigt nicht erst zur Brücke hin an, wie viele noch annehmen, sondern liegt schon vorher immens über der bisherigen Fahrbahn, auf Grund des kreuzenden Schienenverkehrs“, so Heinrich Kattenbeck, Vorsitzender der Biwo.

An die 200 Gegner der Ostspange haben sich auf dem Acker versammelt, Alt und Jung, ausgestattet mit Schildern und Bannern gegen den Ausbau der Straße. Karl Waldmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag,

warnet: Für Ebermannstadt sei der Ausbau der B 470 keine Lösung und auch für andere Ortschaften nicht. Waldmann plädiert für ein Gesamtkonzept für Mobilität. Auch im Sinne des Klimawandels solle der Fokus mehr auf guten Anbindungen und der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel liegen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Ebermannstadt des Bund Naturschutz (BN), Christian Kiehr, greift die Problematik auf. Auch der BN fordert Sicherheit für die Stadt, in Form von Schülerlotsen, verbesserten S-Bahn-Verbindungen und Schnellbussen. Stattdessen seien neben den zahlreichen Brücken der neuen Südumgehung zwei Tunnel geplant, welche nicht nur Trinkwasserquellen vernichten und für mehr Lärm in Ebermannstadt sorgen, sondern im günstigsten Fall Kosten von 103,5 Millionen Euro verursachen würden.

Riesige Kosten

Auch Ernst Drummer, Ex-Bürgermeister von Wiesenthau, Rose Stark, Bürgermeisterin von Pretzfeld und Ulrich Buchholz, Kreis-Vorsitzender des BN, wiesen auf die Kosten des Ausbaus von 40 bis 60 Millionen Euro hin und welp' große Flächen sowie Wasserschutzgebiete und Storchennestplätze darunter zu leiden hätten. „Umland und Stadt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich bin mir sicher, dass der Großteil der Forchheimer diese Straße nicht möchte“, so Buchholz.

Richard Mergner, verkehrspolitischer Sprecher des Bund Deutschland, sagte: „Wir brauchen endlich eine rationale Verkehrspolitik und keine endlose Verschwendung von Steuergel-



Mit Transparenten und einer Installation (rot-weißes Band), die den Ausbau der Ostspange der Südumgehung simulieren soll, protestierte die Biwo in Pinzberg gegen das Straßenbauvorhaben im Wiesenttal. Foto: Stephanie Treske

den für neue Straßenbauten.“ Aktuell seien 400 Straßenbauprojekte gemeldet: „Das würde bedeuten, dass Bayern die nächsten 160 Jahre durchgehend baut.“ Lieber sollten die bestehenden Straßen besser erhalten und die öffentlichen Verkehrsmittel entsprechend unterhalten werden. Mergner hofft auf den bayerischen Bauernverband, dass auch dieser den Flächenschutz als vorrangig betrachtet. „Wir

brauchen keinen Heimatzerstörerminister“, so Heinrich Kattenbeck, „Markus Söder tötet die Fränkische Schweiz und zerstört damit unsere Heimat, wenn dieser Ausbau verwirklicht wird.“

„Rettet die Heimat vor dem Monsterbau“ ist Kattenbecks Devise. Aktuell ist neben der bereits eingegangenen Petition im Landtag eine weitere an den Bundestag geplant. „Wir haben

einen politischen Stammtisch geplant, zu welchem alle Abgeordneten Forchheims, unabhängig von ihrer Partei, eingeladen werden. Dieser soll zum Gedankenaustausch und einer Diskussion über das Warum dienen“, erklärt Kattenbeck. Im Herbst werden die 400 Straßenbauprojekte geprüft und eingestuft. „Ab dann können wir uns Gedanken über weitere Auseinandersetzungen machen“, so Richard Mergner.